

**„01.04.2020**

**Die spirituelle Herausforderung jetzt - die Türen  
stehen offen“**

**Vortrag**

**Axel Burkart**

## Wie können wir jetzt die Zukunft gestalten? - Dreigliederung als Lösung

„Heilsam ist nur, wenn im Spiegel der Menschenseele sich bildet die ganze Gemeinschaft und in der Gemeinschaft lebet der Einzelseele Kraft.“ Rudolf Steiner, Soziales Hauptgesetz

Liebe Freunde und Interessenten,

wir wollen uns heute wieder mit dem aktuellsten Thema befassen und einen großen Lösungsansatz und unsere Initiative vorstellen.

Die derzeitige Krise zeigt die großen Krankheiten unserer Gesellschaft. Sie offenbaren sich im Gesundheitswesen, in der Politik, in der Beziehung zwischen Wirtschaft und Politik, zwischen Politik und Bildungswesen, im Geld- und Bankenwesen. im Mietwesen, usw., usw.

Durch die Krise wird jetzt offenbar, wo die Schwächen sind, die seit 100 Jahren bekannt und beschrieben sind und auch ihre Lösung. Jetzt ist es an der Zeit, die Lösung anzugehen. Jetzt sind die Türen offen! Noch nie war die Chance größer als jetzt, die Zukunft anders zu gestalten.

Diese Zukunft ist eine dreiegegliederte Gesellschaft mit

1. einem autonomen **Staat** im Rechtsleben der Gesellschaft, wie bisher einer dreiegegliederten Staatsmacht in Legislative, Exekutive und Judikative, alle allgemeinen Rechtsfragen abdeckend und eine echte „Gleichheit“ in einer wahren Demokratie zu schaffen,
2. einem autonomen **Wirtschaftsverband**, quasi einer autonomen, vom Staat unabhängigen „**Wirtschaftsregierung**“ im Wirtschaftsleben, alle Wirtschaftsfragen abdeckend und eine zukünftige „Brüderlichkeit“ mit einer wahren Einkommensgerechtigkeit zu schaffen, und
3. einem autonomen **Kultur- und Bildungsverband**, quasi einer autonomen, vom Staat unabhängigen „Bildungsregierung“ im Geistesleben, alle Geistes-, Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftsfragen abdeckend und eine zukünftige geistige individuelle „Freiheit“ zu schaffen.

Für die derzeitige Situation zeigen sich die Symptome und die Lösungen offensichtlich.

## **Zum Geistesleben gehört u. a. die Freiheit der Ärzteschaft sowie der Patienten**

Hier können die Fragen u. a. lauten:

- Können die Mediziner, Therapeuten mit dem staatlichen Dirigismus über die Kassensysteme und Gesetze leben, welche die individuelle Entscheidungs-Freiheit aus Fachkompetenz der Ärzte, Therapeuten, usw. gewaltig einschränkt?
- Können wir als Patienten mit dem staatlichen Dirigismus über die Kassensysteme und Gesetze leben, welche unsere Entscheidungskompetenz als Patienten, die Patientenkompetenz gewaltig einschränken?
- Kann das Volk als Bestandteil des Geisteslebens mit den derzeitigen Entscheidungen der Politiker leben?
- Wurde generell die freie Entscheidungskompetenz über das eigene Leben in Bezug auf unsere Gesundheit geachtet?
- Wurden ausreichend medizinische Fachleute einbezogen?
- Wurden die ärztlichen Verbände ausreichend einbezogen?
- Oder wurden nur einseitige Meinungen den weitreichenden Entscheidungen zugrunde gelegt (Experten des RKI)?
- Wurde ausreichend geprüft, ob die Entscheidungen aus medizinischer Sicht verhältnismäßig sind. Sind also auch hier die politischen Entscheidungen mit den weitreichenden Eingriffen in die Freiheitsrechte im Einklang mit der Verhältnismäßigkeit des Grundgesetzes?

Nach dem wissenschaftlichen Lösungsansatz der „Sozialen Dreigliederung“ ist es für eine gesunde Gesellschaft erforderlich, notwendig, wie es sich jetzt zeigt, dass sich verschiedene Kräfte jetzt autonom gestalten, sodass die Freiheit des Geistes selbst für alle Menschen gewährleistet wird.

Dazu zählt u. a. die Freiheit der Ärzte in Bezug auf ihre Fachentscheidungen gegenüber dem Patienten. Und vor allem die Einbeziehung der Ärzteschaft insgesamt bei solchen weitreichenden Entscheidungen wie jetzt. Das ist bisher in keiner Weise gewährleistet, weil der Staat dieses System, das Gesundheitssystem vollständig lenkt. Dies widerspricht einer gesunden Gesellschaft.

Die Lösung lautet: Autonomie des Geisteslebens durch einen eigenen „nationalen Kultur- und Bildungsverband“. Die Lösung liegt in einer klaren Trennung von Kompetenzen und Entscheidungen zwischen Politik und Geistesleben. Dazu zählt die Autonomie des Gesundheitswesens in Bezug auf die Fachentscheidungen der Ärzte.

Weil die Politik alleine entschieden hat und die Ärzteschaft nicht mit einer kraftvollen Stimme gegenüber der Politik sprechen kann, sind diese extrem schädigenden Entscheidungen getroffen wurden. Wie bei einem Kurzschluss wurde das System lahmgelegt, durch einen Kurzschluss in der Politik.

Damit wird aber die grundlegende Schwäche und Krankheit des Sozialen Organismus „Gesellschaft“ offenbar und gleichzeitig die Chance gegeben, das sofort in Angriff zu nehmen und zu ändern.

Es erfordert aus Sicht der Medizin die Gründung eines solchen Nationalen Kulturverbandes bzw. in einem ersten Schritt die eines Nationalen Therapieverbandes, eines Patientenverbandes und später eines allgemeinen Gesundheitsverbandes.

Das ist ein Projekt, das sofort begonnen werden muss und das durch eine Initiative „Autonomes Gesundheitswesen“ angegangen wird.

Die Zielsetzung ist hierbei also eine Stärkung des Geisteslebens, sprich hier der Patienten und aller Ärzte und Therapeuten als autonome Kraft in der Gesellschaft, um eine generelle Übergriffigkeit des Rechtslebens durch den Staat für die Zukunft verhindern zu können.

Es muss dadurch u. a. gewährleistet werden, dass in solchen Situationen - denn diese kann sich schon ein einem Jahr wiederholen! - die Menschen im Gesundheitswesen als autonomer Verhandlungspartner, wie eine autonome „Gesundheitsregierung“ einbezogen werden muss.

Ebenso dazu gehört die Freiheit des Patienten, unabhängig von gesetzlicher Gängelung und Regelung, zusammen mit dem Therapeuten und Arzt seinen Gesundheitsweg zu entscheiden. Gerade auch diese Freiheit gehört ins Geistesleben, weshalb eine staatliche Regelung über Krankenkassensystemen dem völlig widerspricht. Hier liegt eine große Zukunftsaufgabe vor, die jetzt angegangen werden kann und muss, wenn wir diese Chance und dieses Zeitfenster nutzen wollen. Ansonsten droht auch hier eine totale Kontrolle bis hin zu gesetzlichen Zwangsimpfungen.

Hierzu haben wir die Initiative „Kraftwerk-Gesundheit“ im „Kraftwerk Freiheit“ gestartet. Unter Leitung von Ärzten wollen wir Menschen zusammenbringen, die sich um die Freiheits- und Gleichheitsrechte der Bürger im Gesundheitswesen kümmern und für eine echte „Gleichheit vor dem Gesetz“ im Sinne der Dreigliederung wirkt.

Wer sich dieser Initiative anschließen will, kann sich beim Kraftwerk Freiheit anschließen und sich bei dieser Gruppe unter [kraftwerk-gesundheit@rudolf-steiner-gesellschaft.de](mailto:kraftwerk-gesundheit@rudolf-steiner-gesellschaft.de) melden. Es geht vor allem darum, in dieser Gruppe zunächst Vertreter des Gesundheitswesens, Ärzte, Therapeuten, usw. zusammenzubringen, um für dieses Ziel zu wirken.

Ein zweites Fragegebiet lautet:

### **Kann das Volk als Bestandteil des Wirtschaftslebens mit den Entscheidungen leben?**

Wenn das Gesundheitswesen, das staatlich gelenkt wird, nicht ausreichend vorbereitet war, so ist das nicht die Verantwortung der Wirtschaft, sondern des Staates. Darf dann die Wirtschaft, sprich dürfen damit alle Bürger als Wirtschaftstreibende - Unternehmer (Gesellschafter), Arbeitnehmer und Konsumenten existenziell geschädigt werden, weil die

Politik im Vorfeld versagt hat? Denn die Entscheidungen wurden nur getroffen, um das Kliniksystem nicht zu überlasten – so die Begründung.

Wenn das Land in einen wirtschaftlichen Ruin getrieben wird, ist die Verhältnismäßigkeit von Entscheidungen zu prüfen, Entscheidungen zu hinterfragen und gegebenenfalls zu korrigieren. Es ist bekannt, dass nach der Wirtschaftskrise 2008 eine Welle von Selbstmorden folgte.

**Frage:** Wurde das bei der Risikoabschätzung verlässlich berücksichtigt. Selbst bekannte Virologen schätzen die statistische Basis der Entscheidungen als nicht relevant ein.

**Frage:** Sind die Nebenwirkungen, Folgewirkungen, Kollateralschäden für die Gesamtwirtschaft schlimmer als die Risiken der Epidemie selber? Sprich: ist die Medizin gefährlicher als die Krankheit selbst? Hätte die Krankheit anders behandelt werden können? Wurden dazu alle Risikoabwägungen ausreichend berücksichtigt? Wurde die Wirtschaft selbst dazu einbezogen, um die Risiken abzuschätzen?

**Frage:** Wenn Hunderttausende von wirtschaftlichen Existenzen durch die Maßnahmen der Politik - selbst nach Aussagen der Politik- gefährdet sind, wie können dann die Maßnahmen gerechtfertigt werden?

**Frage:** Wenn das Land eine extreme Neuverschuldung erleiden muss mit all den Folgewirkungen für die zukünftigen Generationen, wie können dann die Maßnahmen gerechtfertigt werden?

**Frage:** Wenn Hunderttausende oder sogar Millionen von Bürgern des Landes in private Schulden und in Armut getrieben werden (Mieten, Einkommen, etc.), wie können dann die Maßnahmen gerechtfertigt werden?

Hier stellt sich die Frage, warum die Politik, aber auch die Wirtschaft vorhandene Lösungsansätze über Jahrzehnte nicht berücksichtigt hat. Jetzt aber sollten und müssen diese berücksichtigt werden.

Nach dem wissenschaftlichen Lösungsansatz der „**Sozialen Dreigliederung**“ ist es für eine gesunde Gesellschaft erforderlich, not-wendig, wie es sich jetzt zeigt, dass die Wirtschaft zu einer autonomen Kraft in Bezug auf Wirtschaftsentscheidungen gestaltet wird.

Eine unnötige Not wurde durch die Regierung erzeugt, ohne sich dabei mit der Wirtschaft abzusprechen. Die Wirtschaft hat aber auch nicht die Möglichkeit, mit einer oder wenigen Stimmen zu sprechen. Dafür gibt es eine Lösung, die hier erneut vorgestellt wird.

Die Lösung lautet: Autonomie des Wirtschaftslebens durch einen eigenen „**nationalen Wirtschaftsverband**“. Die Lösung liegt in einer klaren Trennung von Kompetenzen und Entscheidungen zwischen Politik und Wirtschaft.

Dadurch dass die Politik alleine entschieden hat und die Wirtschaft nicht mit einer kraftvollen Stimme gegenüber der Politik sprechen kann, sind diese extrem schädigenden Entscheidungen getroffen wurden. Wie bei einem Kurzschluss wurde das System lahmgelegt, durch einen Kurzschluss in der Politik.

Damit wird aber die grundlegende Schwäche und Krankheit des Sozialen Organismus „Gesellschaft“ offenbar und gleichzeitig die Chance gegeben, das sofort in Angriff zu nehmen und zu ändern.

Es erfordert aus Sicht der Wirtschaft die Gründung eines solchen Nationalen Wirtschaftsverbandes! Das ist ein Projekt, das sofort begonnen werden muss und das durch eine Initiative „Autonome Wirtschaft“ angegangen wird.

Die Zielsetzung ist hierbei also eine Stärkung der Wirtschaft, sprich des Wirtschaftslebens als autonome Kraft in der Gesellschaft, um eine generelle Übergriffigkeit des Rechtslebens durch den Staat für die Zukunft verhindern zu können.

Es muss dadurch u. a. gewährleistet werden, dass in solchen Situationen - denn diese kann sich schon ein einem Jahr wiederholen! - die Wirtschaft als autonomer Verhandlungspartner, wie eine autonome „Wirtschaftsregierung“ einbezogen werden muss.

In der SZ vom 21. März 2020 wird auch die Beziehung der Wirtschaft zur Politik diskutiert. Darin allerdings ist eine sehr falsche Darstellung gegeben - aus Sicht der Dreigliederung. Es heißt darin, zum Ersten, dass der Virus zur neuen Weltmacht geworden sei. Er könne Gesellschaften verändern, die Wirtschaft fast stilllegen.

Das ist einfach die Unwahrheit, denn nicht der Virus legt alles lahm, sondern die Entscheidungen der Regierungen! Dem Virus alles zuzuschreiben, ist eine einseitige Meinungsmache und Darstellung.

Es heißt, dass die bisher verbreitete Meinung, dass die großen Konzerne, die Wirtschaft die wahre Macht in der Demokratie seien, in sich zusammenklappt und die Wirtschaft in Devotheit zuschauen, wie die Politik

„die volkswirtschaftliche Aktivität brutal abwürgt und eine Welle von Pleiten und Arbeitsplatzverlusten heraufbeschwört.“

Ja, er beschreibt das richtig mit dem Abwürgen und auch mit der Devotheit und genau das ist die Schwäche und zeigt die Notwendigkeit eines Nationalen Wirtschaftsverbandes auf!

Corona zeige, „dass es eine Macht geben kann, die größer ist als das Kapital.“

Geht es also um den Kampf zwischen Kapital und Politik - auf Kosten des Volkes?

„Auch Deutschland lebt unter dem Primat der Medizin und Politik.“

Genau das ist der Haken, der bestätigt, was wir oben gesagt haben. Es wird nicht die Medizin gefragt, sondern eine kleine Gruppe von Virologen! Das ist eine weitere Unwahrheit. Und die Politik folgt den Virologen und vor allem den Medien mit ihrem Angstwahn, den sie verbreiten.

Es heißt darin:

„Die Corona-Krise ermöglicht ein neues Verhältnis von Staat und Wirtschaft.“

Wunderbar. Das ist es genau, was wir oben darlegten, allerdings in eine konstruktive Zukunftsrichtung!

Dann heißt es:

„Das Heil im nationalistischen Gegeneinander zu suchen, ist sinnlos, wenn der Gegner ein Virus ist, das vor Grenzen nicht halt macht.“

Das ist völlig korrekt, aber die Regierungen handeln nationalistisch! Doch genau das Miteinander ist unser Ziel und das Füreinander.

„Die ökonomische Vollbremsung wird zur Katastrophe, das sollte man nicht wirklich wollen.“

Wie wahr!

„Corona legt offen, dass die Leistungen des freien Marktes nicht überall die gewünschten Lösungen bieten. Krankenhäuser sind in der Vergangenheit zu stark den Forderungen nach Kostensenkung und Privatisierung ausgesetzt worden. Doch heute zeigt sich, dass das Gesundheitswesen für einen Krisenfall wie diesen zu schlecht finanziert ist... Diese Nachteile zeigen sich noch stärker in Italien, den USA und Großbritannien.“

Das spricht exakt für den Ansatz der Dreigliederung!

Hierzu haben wir die Initiative „Kraftwerk-Wirtschaft“ im „Kraftwerk Freiheit“ gestartet. Unter Leitung von Unternehmern wollen wir Menschen zusammenbringen, die sich um die Stärkung der Wirtschaft für einen autonomen Wirtschaftsverband kümmern und für eine echte „Brüderlichkeit“ in der Wirtschaft im Sinne der Dreigliederung wirkt.

Wer sich dieser Initiative anschließen will, kann sich beim Kraftwerk Freiheit anschließen und sich bei dieser Gruppe unter [kraftwerk-wirtschaft@rudolf-steiner-gesellschaft.de](mailto:kraftwerk-wirtschaft@rudolf-steiner-gesellschaft.de) melden. Es geht vor allem darum, in dieser Gruppe zunächst Unternehmer zusammenzubringen, um für dieses Ziel zu wirken.

**Rechtsleben, Rechtsstaat und Demokratie**

Der dritte Themenkomplex betrifft die Politik.

Die Politik vertritt das Rechtsleben. Das Rechtsleben besteht aus dem Staat mit Exekutive, Legislative und Judikative, sowie dem Volk der Wähler.

Mit den jetzigen Entscheidungen muss das Volk als Wahlvolk leben, weil wir eine repräsentative Demokratie haben. Das Volk kann nur prüfen, ob die Exekutive rechtmäßig, sprich gemäß der Verfassung gehandelt hat. Das kann es durch die Judikative prüfen lassen.

Die Fragen können lauten:

- Wurde das Parlament gesetzmäßig einbezogen?
- Sind die extrem weitreichenden Entscheidungen verhältnismäßig gemäß dem Grundgesetz?
- Ist das Seuchengesetz mit den weitreichenden Befugnissen für Regierung und eines einzelnen Ministers im Einklang mit dem Grundgesetz?
- Sind die politischen Entscheidungen mit den weitreichenden Eingriffen in die Bürgerrechte im Einklang mit der Verhältnismäßigkeit des Grundgesetzes? Dies bezweifeln angesehene Verfassungsrechtler.

Hier gelten die demokratischen Regeln und Gesetze des Landes, die dem Volk rechtlich ermöglichen, sich gegen unverhältnismäßige Entscheidungen der Regierung zur Wehr zu setzen.

Hier kann sich das Volk auch organisieren, um die Situation zurechtzurücken, falls erforderlich. Im Bereich des Rechtslebens braucht es dazu eine entsprechende Initiative, weil die Entscheidungen der Regierenden einen extremen Eingriff in die Bürgerrechte darstellen.

Hierzu haben wir die Initiative „Kraftwerk-Politik“ im „Kraftwerk Freiheit“ gestartet. Unter Leitung von Anwälten wollen wir Menschen zusammenbringen, die sich um die Freiheits- und Gleichheitsrechte der Bürger kümmert und für eine echte „Gleichheit vor dem Gesetz“ im Sinne der Dreigliederung wirkt.

Wer sich dieser Initiative anschließen will, kann sich beim Kraftwerk Freiheit anschließen und sich bei dieser Gruppe unter „kraftwerk-politik@rudolf-steiner-gesellschaft.de“ melden. Es geht vor allem darum, in dieser Gruppe Vertreter des Rechtslebens, Politiker, Anwälte, Richter, etc. zusammenzubringen, um für dieses Ziel zu wirken.



## **Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, Art 20**

- (1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
- (2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
- (3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
- (4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.